

Wahlprüfsteine DEHOGA

Beantwortet von Arno Enners, MdL

1. Auf einer Scala von 1 bis 10 – welchen Stellenwert hat der Tourismus hinsichtlich der weiteren Landesentwicklung Hessens aus Ihrer Sicht als zukünftige Regierungspartei? (1=geringer Stellenwert/ 10=großer Stellenwert)

Antwort: Der Tourismus in Hessen ist ein Wirtschaftsfaktor, der über 200.000 Arbeitsplätze schafft, direkt und indirekt. Es wird auch deutlich, dass der Tourismus somit ebenfalls einen positiven Einfluss auf die vom Tourismus profitierenden Bereiche hat, wie z. B. die Infrastruktur direkt vor Ort. Viele Regionen in Hessen sind touristische Anziehungsgebiete, zu nennen u. a. der Rheingau mit seinen Weinbergen oder der Loreley, die Rhön mit der Wasserkuppe, der Edersee und viele andere mehr. In diesen Gebieten ist dem Tourismus durchaus der Stellenwert „10“ auf der Skala zu geben.

2. Wie stehen Sie zum Strategischen Marketingplan für den Tourismus in Hessen 2019 – 2024, der einen starken Impuls für das Landesmarketing geben soll? Welche Positionierung werden Sie hierzu, auch vor dem Hintergrund der gezielten digitalen Weiterentwicklung des Tourismus in Hessen, einbringen?

Antwort: Gerade die politischen Corona-Maßnahmen haben dem Tourismus und seinen damit verbunden Wirtschaftszweigen schwer geschadet, die Übernachtungszahlen sanken teilweise um bis zu 67%. Die AfD-Fraktion will die Tourismusbranche wieder und weiter stärken. Die Digitalisierung bietet hier nahezu unbegrenzte Möglichkeiten, wie z. B. dem vereinfachten Eintrittskarten-Kauf über das Internet, Download-Apps, die die Sehenswürdigkeit in den gängigsten Sprachen erklären, WLAN und HotSpots oder auch schon die gesamte digitale Vernetzung, begonnen bei Anreise mit verschiedenen Verkehrsmitteln bis zum Eintritt in ein Museum etc. Hierbei sind die Tourismusakteure einzubeziehen, diese wissen i. d. R. am besten, was die Gäste wünschen und wo die Politik unterstützend tätig sein kann. Eine Vernetzung und Koordination aller Akteure für ein effizientes und effektives Landesmarketing, auch um international konkurrenzfähig zu werden und zu bleiben, ist aus unserer Sicht richtig und wichtig. Ob die Landesmarketing-Organisation erfolgreich oder nur ein politisch aufgeblasenes Gremium ist, werden wir von Zeit zu Zeit prüfen.

3. Welche Pläne haben Sie, um Hessen als bedeutenden Wirtschafts- und Standortfaktor wettbewerbsfähig zu machen, um mit anderen Bundesländern wie Bayern oder Mecklenburg-Vorpommern touristisch mithalten zu können?

Antwort: Hessen hat ein vielfältiges Angebot für touristische Zwecke: Kultur, Natur, Sehenswürdigkeiten und viele bekannte regionale Produkte und Speisen.

Angefangen in Kassel beim Herkules-Denkmal und den dortigen Wasserspielen über Marburg mit seinem Schloss und der Universität weiter über Fulda mit seinem Dom und der nahen Wasserkuppe / Rhön bis nach Südhessen an die Bergstraße hat Hessen sehr viele und schöne Dinge zu bieten. Auch wenn wir keine Ostsee oder die Alpen vor der Haustür haben, muss sich Hessen nicht hinter anderen Bundesländern verstecken.

Es gilt, die Stärken unseres Bundeslandes in den Vordergrund zu stellen und damit zu werben. Dies erreicht man sicherlich am besten, wenn man die Tourismus-Akteure, die Kommunen vor Ort und die Politik in Wiesbaden miteinander vernetzt und untereinander eine Kooperation auf- und weiter ausbaut. Im Hintergrund muss sich die Politik Gedanken um eine ausgeglichene und faire Steuerpolitik bei gleichzeitiger Verringerung der Bürokratie Gedanken machen und Lösungen finden. Es müssen also Lösungen gefunden werden, um die Rahmenbedingungen für alle im Tourismus tätigen Branchen sinnvoll zu verbessern. Die AfD-Fraktion verschließt sich dem nicht.

4. Der Tourismus/Gastgewerbe in Hessen hat aufgrund seiner kleinteiligen Unternehmensstrukturen oft ein Wahrnehmungsproblem im politischen Raum und neigt dazu, unterschätzt zu werden. Was würden Sie in einer möglichen Regierungsarbeit umsetzen, um die Wahrnehmung zu erhöhen?

Antwort: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der hessischen und auch deutschen Wirtschaft. Dies beginnt mit dem „kleinen Café“ und endet nicht zuletzt beim mittelständischen Busunternehmen. Die AfD-Fraktion hat immer ein offenes Ohr für die KMU, denn gerade diesen Menschen wollen wir eine Stimme in der Politik geben – dies umso mehr, da andere Parteien sie aus den Augen verloren haben. Auch hier bietet die Digitalisierung sehr gute Möglichkeiten, um sich zu vernetzen und aufeinander abzustimmen bzw. mit Hilfe der Landespolitik sichtbar zu werden.

5. Die touristische Entwicklung in den ländlichen Räumen ist ebenso signifikant unterdurchschnittlich wie in anderen Bundesländern auch. Hier machen sich die Probleme ländlicher Räume bemerkbar. Wie würden Sie dieses Problem angehen?

Antwort: Die Zielsetzung von Gästen in Städten und im ländlichen Raum sind sehr häufig unterschiedlich. Städte- und ggf. Dienstreisen auf der einen Seite, Urlaub im ländlichen Bereich, z. B. auf einem Bauernhof oder Wanderurlaub auf der anderen Seite sind dabei zu nennen. Wir haben in Hessen beide Destinationsgebiete und sollten verstärkt den ländlichen Raum attraktiv gestalten. Dies beginnt bei einer guten Infrastruktur mit Straßen, Radwegen und ÖPNV-Anbindung, einem schnellen Internet und stärkerer Vermarktung der touristischen Ziele auf dem Land. Zu nennende Stichworte in diesem Zusammenhang wären Natur, familienfreundlicher Urlaub, Gesundheit, Entspannung und vieles mehr.

6. Hessen nutzt seine Nachfragepotenziale, v.a. bei Städtereisen, Kulturreisen und Natururlaub, noch nicht hinreichend. Die gegenwärtigen Urlauber sind überwiegend älter und stark preisorientiert. Dadurch wird durch den Tourismus oft noch eine, gemessen an den Möglichkeiten, zu geringe Wertschöpfung ausgelöst. Wie wollen Sie das ändern, um nicht nur Gäste- und Übernachtungszahlen zu steigern, sondern vielmehr die ausgelösten Gewinn-, Einkommens- und Steuereffekte zu mehren?

Antwort: Ein erstes Ziel muss sein, mehr Gäste nach Hessen zu bekommen. Die dadurch steigenden Übernachtungszahlen wirken sich entsprechend auf Einkommen der Hotelbetreiber und auch auf das Steueraufkommen aus. Eine auf 7% gesenkte Umsatzsteuer für Speisen und Getränke könnten ebenso positiv auf die Ausgaben der Gäste wirken wie auf die Entlastung von Gaststätten- und Hotelgewerbe. Um unser Bundesland für mehr Gäste attraktiv zu machen, müssten Kultur, Erholung und Sportangebote viel mehr miteinander vernetzt werden, letztlich auch, um gesundheitsbewusste Gäste zu erreichen und zu gewinnen. Dazu gehören unter anderem Konzepte rund um Kur- und Heilbäder. Aber auch Familienurlaub muss attraktiv gestaltet werden, Urlaub auf (Lern-)Bauernhöfen wäre ein Ansatz dafür. Ein entsprechendes Potential liegt auch im Bereich des jüngeren Publikums mit Städte-, Sport- und Kulturreisen. In der heutigen Zeit suchen rund 45% der Touristen ihre Ziele online aus, suchen entsprechende Informationen und buchen über das Internet. Im digitalen Bereich muss Hessen noch viel mehr nachlegen mit Online-Marketing,

Informationsbereitstellung und einer guten Verzahnung von der Buchung des Hotels über die Anreise bis hin zu den Unternehmungen der Gäste während des Besuchs in Hessen.

7. Durch Nachhaltigkeit trägt der Tourismus nicht nur dazu bei, die Ansprüche der Gäste zu befriedigen, sondern hilft auch der Bevölkerung, zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern und zu verbessern. Wie fördern Sie auch in Zukunft die spürbaren Effekte des Tourismus für die Standort- und Lebensqualität in Hessen?

Antwort: Am Tourismus hängt eine ganze Reihe von Wertschöpfungsprozessen. Da sind die Arbeitsplätze im Hotel-, im Café, im Restaurant, im Dorf-Gasthaus usw. zu nennen. Wenn also der Tourismus zunimmt, dann generiert dies für die Einwohner vor Ort Einnahmequellen und damit für das Land Steuereinnahmen. Einfach gesagt: Wird der Tourismus gefördert, fördert man automatisch die gesamte Region mit.

8. Können die gastgewerblichen Unternehmen darauf vertrauen, dass Sie sich für die zeitnahe Änderung des Kommunalabgabengesetzes einsetzen, um den Kommunen die Einführung einer entsprechenden Abgabe zu verbieten?

Antwort: In vielen Ländern ist eine Tourismusabgabe mittlerweile Standard. Mit einer touristischen Zweckbindung kommt das Geld auch direkt dem Tourismus zugute. Geschäftsreisen sollten aus unserer Sicht jedoch von einer Abgabe befreit bleiben. Solche Reisen können durch eine Bestätigung des Arbeitgebers auch sehr einfach nachgewiesen werden.

9. Hessen zählt heute rund 1.800 klassische Gaststätten. Das sind vorwiegend Gasthäuser, Dorfgaststätten und die so genannten Kneipen, also exakt das Gastronomiesegment, das uns hinsichtlich seiner Entwicklung in den letzten Jahren und bezüglich seiner Prognose die größten Sorgen bereitet. Um dem Gaststättensterben im Sinne der Lebensqualität der Menschen entgegenzuwirken, ist ein Umdenken der politischen Verantwortungsträger erforderlich. Wie gehen Sie vor?

Antwort: Die Dorfgaststätten können ja nicht nur ein touristischer Anlaufpunkt sein, sie sind insbesondere für die Einwohner der jeweiligen Kommune ein wichtiger sozialer Treffpunkt und auch Veranstaltungsort. Die Dorfkneipe spielt somit eine wichtige Rolle in der Dorfgemeinschaft und muss möglichst erhalten bleiben. Die

politischen Corona-Maßnahmen haben natürlich auch insbesondere den Gaststätten geschadet, die Auszahlung der steuerfinanzierten Corona-Hilfen lief zum Teil nur sehr suboptimal.

Ein großes Problem mit dem Gasthaus-Sterben ist durch den Wegzug vieler junger Menschen aus dem Dorf in die Stadt zu begründen, da in den Städten das Angebot für junge Menschen eben viel größer ist. Also muss man in der Infrastruktur mit schnellem und stabilem Internet und Ansiedelung von Gewerbe dort entgegensteuern, so dass die Anreize des Umzugs verringert werden. Die Übernahme von Gaststätten muss erleichtert werden, indem die Politik künftigen Gaststättenbetreibern vergünstigte Kredite und Anschubfinanzierungen in die Selbstständigkeit ermöglicht.

10. Viel zu lange haben die Kommunen den hohen sozialen Wert ihrer lokalen Gastronomie nicht wahrgenommen und diese nicht gepflegt. Vielmehr hat die Kommunalpolitik die Gastgeberbranche einer immer weiterwachsenden Vielzahl an behördlichen Auflagen und Erfordernissen ausgesetzt. Was würden Sie tun, um dem entgegenzuwirken?

Antwort: Die Landesregierung hat es bislang nicht geschafft, die Gastronomie von Bürokratie zu entlasten. Bürokratie bindet Mitarbeiter und kostet die Gastronomen Zeit und Geld, was sie sinnvoller investieren könnten. Daher müssen die gesamten Bürokratieprozesse überprüft und auf ein Minimum reduziert werden. Eine große Hilfe dabei ist die Digitalisierung von Prozessen, bei der die Landesregierung jedoch auch versagt.

11. Unser Bundesland steht inmitten eines gigantischen Generationenwechsels in der Mehrheit der hessischen Gasthäuser. In den meisten Fällen müssen wir feststellen, dass die Betriebe nicht mehr fortgeführt werden, da sich keine Nachfolger gefunden haben oder finden lassen. Wie sieht Ihre Lösung aus, um die Zukunft eines Kulturgutes zu sichern?

Antwort: Zunächst einmal muss die Erbschaftssteuer abgeschafft werden. Diese ist eine Substanzsteuer und besteuert erneut das, was vorher bereits schon versteuert wurde. Gleiches gilt für die Schenkungssteuer. Da sich die Nachfolge, die nicht aus der eigenen Familie stammt, oft schwer gestaltet, müssen weitere steuerliche und finanzielle Anreize geschaffen werden, um die Übernahme / die Nachfolge anzutreten. Auch hier: Abbau der Bürokratie, Ausweitung der Digitalisierung hinsichtlich Abläufen, Bestandsschutz von Genehmigungen bei

Nachfolgern / Betreiberwechseln, temporäre Steuervorteilen für die Nachfolger u.
a. Die Beratungsangebote mit entsprechenden Fachgremien, z. B. IHK, müssen
ausgebaut und noch besser kommuniziert werden.

**12. Die gastgewerblichen Ausbildungsberufe sind im letzten Jahr auf
Bundesebene modernisiert und an die aktuellen und künftigen Anforderungen
angepasst worden. Auf Landesebene besteht die Herausforderung der
Beschulung und Unterbringung von Auszubildenden während der
Blockunterrichtszeiten. Wie steht Ihre Partei zur Schaffung von Wohnraum für
Auszubildende und Mitarbeitende im Gastgewerbe?**

Antwort: Die Alternative für Deutschland bemängelt die jahrelange Praxis der
insbesondere linken Parteien, dass nur ein Studium der einzige Jobgarant sei. Die
AfD will daher die duale Ausbildung stärken und für Ausbildung werben. Eine
wichtige Voraussetzung in heutiger Zeit ist Mobilität, um auch eine Ausbildung
oder einen Arbeitsplatz anzunehmen, die weiter vom eigentlichen Wohnort
entfernt sind. Die AfD könnte sich dabei vorstellen, dass Azubis eine Vergünstigung
bei den Führerscheinkosten erhalten. Auch die Unterbringung während der
Ausbildung ist ein wichtiger Punkt, wenn eben der Ausbildungsplatz weit entfernt
ist. Grundsätzlich sollte dies durch die Ausbildungsbetriebe erfolgen, es wäre ein
Vorteil gegenüber anderen Mitbewerbern um Azubis. Dort, wo dies nicht
stattfindet, sollte die Politik gemeinsam mit den Betrieben für vergünstigten
Wohnraum für Azubis sorgen.

**13. Plädieren Sie dafür, das Arbeitszeitgesetz an die Lebenswirklichkeit
anzupassen und zu flexibilisieren – am besten in Form der Umstellung von einer
täglichen auf eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit?**

Antwort: Gerade kleine und mittelständische Betriebe müssen auf schwankende
Nachfrage und kurzfristige Trends mit flexiblem Personaleinsatz reagieren können.
Dabei ist die Festlegung von regelmäßigen Ruhezeiten und Pausen eminent
wichtig. Eine reine Länge der wöchentlichen Arbeitszeit ist kein guter Indikator für
die subjektive Belastung des Arbeitnehmers. Bei der Flexibilisierung muss zwischen
verschiedenen Arbeitsplätzen, Positionen und Aufgaben differenziert werden.
Grundlegend kann man sagen, dass eine bessere Abstimmung der Ruhe- und
Arbeitszeiten mit dem sozialen Umfeld des Arbeitnehmers wünschenswert wäre.
Da, wo es möglich ist, sollten individuelle Arbeitszeitregelungen unter Beachtung
der gesetzlichen und der medizinischen Rahmenbedingungen Niederschlag
finden. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit sollte daher zwischen Arbeitgeber und

Arbeitnehmer verhandelt werden. Eine Aufhebung der Ruhezeiten steht für die AfD jedoch nicht zur Debatte. (übernommen von AfD-Bundestagsfraktion)

14. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine Einbindung der Wirtschaftsvertretungen in das Gastgewerbe betreffende Landesentscheidungen in Akzeptanz und Umsetzung zielführend war. Die Einbindung hat an vielen Stellen bereits sehr gut funktioniert. Wie würde eine Zusammenarbeit zwischen Land und Gastgewerbe mit Ihnen als zukünftige Regierungspartei aussehen?

Antwort: Die AfD versteht sich als Partner der Arbeitnehmer und der Wirtschaft. Die Arbeitnehmer erkennen dies immer mehr, während Verbände, wie DEHOGA etc., weiterhin altparteienfixiert sind. Die AfD steht für Gespräche mit den Verbänden und Institutionen bereit, es obliegt diesen, unser Gesprächsangebot anzunehmen.

15. Der DEHOGA fordert seit langem die Entfristung der Mehrwertsteuersenkung auf Speisen. Die Gastgeber des Landes brauchen Planungssicherheit und Perspektiven – und genau diese würde die Entfristung der 7 % MwSt. auf Speisen und der Einbezug von Getränken schaffen. Es ist wichtig, dass die Politik in dieser Frage jetzt Klarheit schafft. Was können wir von Ihrer Partei in einer Regierungskoalition erwarten? Werden Sie die Wettbewerbsfähigkeit und Ertragskraft der Branche stärken, indem sie in Ihrer möglichen Regierungsverantwortung im Bundesrat sich für die Entfristung einsetzen?

Antwort: Die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes wurde mit dem Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen eingeführt und zweimal verlängert. Mit Blick auf die ursprüngliche Intention während der politischen Corona-Maßnahmen und aktuell auf die angespannte Haushaltslage hat die AfD Bundestagsfraktion einer weiteren Verlängerung nicht zugestimmt. Gleichzeitig ist der AfD aber bewusst, dass die Steuergesetzgebung vereinheitlicht werden muss: Wenn Speisen auf Porzellangeschirr angeboten werden, werden 19% Umsatzsteuer fällig, solche in Einweggeschirr werden aber nur mit 7% besteuert. Die AfD Hessen schließt sich hier anderen AfD-Landtagsfraktionen an und fordert die dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer für Grundnahrungsmittel und im Gastro-Bereich.